



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

22.01.02

Ergebnisse der Fraktionsberatungen am Montag, den 21.01.02

Presseerklärung

1. Qualitätsverbesserung städtischer Spielplätze
– wo Mangel herrscht, können Schließungen keine Qualität verbessern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind nach wie vor der Meinung, daß Spielflächen in Dortmund Mangelware sind und die Aufgabe von Flächen durch die Neuschaffung von Spielplätzen kompensiert werden sollte.

Inzwischen haben die Bezirksvertretungen ihr Votum zu dem Vorschlag der Verwaltung, stadtweit 87 Spielflächen zu schliessen, abgegeben. Die BezirksvertreterInnen sind dieser Empfehlung nicht gefolgt.

Aus ihrer Sicht sollen 33 Spielplätze erhalten bleiben und mindestens 5 Spielflächen weiterhin als Grünflächen genutzt werden; was insgesamt circa 2/3 der Flächen ausmacht. Der Aufgabe eines kleineren und offensichtlich nicht mehr angenommenen Spielplatzangebotes wird zugestimmt. - Dabei stehen noch zwei Entscheidungen aus Stadtbezirken aus

Die Verwaltung folgt in ihrer abschliessenden Bewertung in keinem Fall der Empfehlung zum Erhalt von Spielflächen. Der Verwaltung geht es offensichtlich um Kosteneinsparungen ohne Rücksicht auf Verluste – die von Kindern und Eltern vor Ort, für die bedarfsgerechte Spielplätze Qualität, nämlich Lebensqualität, ausmachen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden im Kinder- und Jugendausschuss und im Ausschuß für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen deutlich machen, daß wir das Votum der BV respektieren, für die aufgegebenen Spielplätze jedoch einen angemessenen Ersatz einfordern.

Von daher werden wir beantragen, dass der Verlust von Spielflächen im Rahmen der Neuaufstellung des FNP dort ausgeglichen wird, wo die kleinräumige Analyse entsprechenden Bedarf ausweist.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Perspektivisch soll daraus ein Konzept für eine „Bespielbare Stadt“ entwickelt werden. Wir werden beantragen, dass die Flächen, die die Bezirksvertretungen ausdrücklich erhalten wollen, Bestand haben und dass die Empfehlungen der Bezirksvertretungen von Ausschüssen und Rat übernommen werden. Eventuell erzielbare Erlöse sollen den Stadtbezirken in vollem Umfang zur Qualitätsverbesserung der vorhandenen Spielflächen zur Verfügung gestellt werden.

2. Metrorapid

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Machbarkeitsstudie für die Magentschwebbahn die technische und finanzielle Machbarkeit bestätigt. Dabei werden die zu erwartenden Kosten weiter kräftig reduziert, während die Fahrgastzahlen wundersamerweise um 5-10 Millionen ansteigen. Trotz dieser Zahlenspiele wird deutlich, dass die Transrapidverbindungen nur mit hoher staatlicher Unterstützung betrieben werden können.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das positive Ergebnis nicht überraschend: Die Frage ist nur, ob die prinzipielle technische Machbarkeit und die erforderlichen immensen Investitionen in einem angemessenen Verhältnis zum verkehrspolitischen Nutzen stehen. Es gibt aus unserer Sicht keine plausible Argumentation, warum das Land NRW den ohnehin strapazierten Landeshaushalt mit zusätzlichen Ausgaben belasten will, obwohl klar ist, dass eine Investition in bestehende Verkehrssysteme wesentlich effektiver wäre und völlig ungewiss ist, ob die Magnetschwebbahn im täglichen Betrieb zuverlässig ist. Hinzu kommt, das auch die Zuschüsse für den „normalen“ Bahnausbau gekürzt werden sollen.

Die Kosten-Nutzen-Frage im Vergleich zu alternativen Ausbaumassnahmen wird nach wie vor nicht beantwortet. Auf kommunaler Ebene wird zudem deutlich, dass auch die angeblich insgesamt unproblematische Trassenführung nicht ohne schwerwiegende städtebauliche Eingriffe erfolgen kann. So ist in jedem Fall Bausubstanz an der Rheinischen Strasse / Ecke Beuthstrasse von der Trassenführung betroffen. Die Eisenbahnverbindung in Richtung Gelsenkirchen muss überbrückt werden. Ein städtebauliches Highlight ist nicht zu erwarten. Und ob die östliche Metrorapid – Anbindung an den Flughafen endgültig vom Tisch ist, bleibt abzuwarten. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN werden die Vorlage jedenfalls ablehnen – eine GEP-Änderung muss aus unserer Sicht in jedem Fall verhindert werden.